



Randolf Rodenstock

**RANDOLF RODENSTOCK:
Patient Deutschland gehört ins Krankenhaus**

Bürokratie ist unsere Arteriosklerose, Arbeitslosigkeit unser Bypass, Steuern und Sozialsysteme unser Infarkt. Dem Patienten Deutschland hilft kein Hausarzt mehr, er gehört ins Krankenhaus.

Die alten Probleme sind auch die neuen: Vor knapp 10 Jahren habe ich bei der Vorstellung des Prognos-Reports 2010 die Diagnose „zu hohe Arbeitskosten, zu viel Bürokratie“ gestellt mit der Therapieempfehlung „weniger Staat“. Heute lautet die Diagnose: Wir haben noch mehr Staat, noch mehr Kosten und noch viel mehr Arbeitslosigkeit. Bei der Bildung ist Deutschland nur Mittelmaß in der Welt, beim Wachstum Schlusslicht in Europa.

Randolf Rodenstock, Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw), bei der Vorstellung des „Deutschland Reports 2002 – 2020“ der Prognos AG im Haus der Bayerischen Wirtschaft in München.

**ERNST WELTEKE:
Unsere Ansprüche haben ihren Preis**

Der Rückgang der Bautätigkeit ist zum Großteil Ausdruck struktureller Anpassungen nach dem außergewöhnlichen Bauboom Anfang der neunziger Jahre. Wir stehen in einem mühsamen, anhaltenden Normalisierungsprozess. Die relative Bedeutung des Bausektors nimmt ab. Sein Anteil ist jedoch noch immer deutlich höher als z.B. in Frankreich, Italien oder Großbritannien. Ich persönlich glaube auch, dass der Anteil des Baus in Deutschland höher bleiben wird, weil Bauen hierzulande einen besonderen Stellenwert hat. Unsere Ansprüche an Qualität und Komfort speziell im Wohnungsbau sind in der Welt Spitze. Diese Qualitätsansprüche sorgen dafür, dass Bauten langfristig genutzt werden und wertbeständig sind. Diese Qualität hat natürlich auch ihren Preis.

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank, auf dem Deutschen Baugewerbetag 2002 in Berlin.



Ernst Welteke

**STEPHAN GÖTZL:
Wirtschaftskreislauf verliert mindestens 15 Milliarden Euro**

Die Wirtschaftsforschungsinstitute legen die wirtschaftlichen Probleme und den immensen Reformbedarf in Deutschland schonungslos offen. Bei einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 0,4 Prozent kann man kaum mehr von Wachstum sprechen, das ist Stagnation. In dieser Phase von Kaufzurückhaltung und Investitionsattentismus die Bürger und Unternehmen mit zusätzlichen Steuern und Abgaben zu belasten, ist und bleibt der falsche Weg. Statt nötiger Neukonstruktion der sozialen Sicherungssysteme wird nur an der Einnahmenschraube gedreht. Das entzieht dem Wirtschaftskreislauf mindestens 15 Mrd. Euro.

Stephan Götzl, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), in einem vbw-Kommentar zum Herbstgutachten der fünf „Wirtschaftswesen“.

**WOLFGANG PAUL:
Verkehrspolitik muss ideologiefrei sein**

Einzelne Verkehrsträger, wie z.B. die Bahn, dürfen nicht aus ideologischen Gründen bevorzugt werden. Insbesondere der Straßenverkehr darf nicht vernachlässigt werden. Der Bund muss seine Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur auf dem jetzigen Niveau erhalten. Die Einnahmen aus der Lkw-Maut müssen komplett in den Straßenbau fließen. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten der privatwirtschaftlichen Realisierung öffentlicher Bauaufgaben verstärkt zu nutzen. Die Verkehrsinfrastruktur-Finanzierungsgesellschaft muss in den ihr zugewiesenen Mitteln unabhängig von politischen Begehrlichkeiten und der Rotstiftpolitik des Finanzministers werden.

Wolfgang Paul, Vorsitzender des Fachbereichs Verkehrswegebau im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB), beim „Deutschen Straßen- und Verkehrskongress 2002“ in München.

**DIETER SCHÄFER:
Investitionen gehören nicht in öffentliche Hände**

Es ist unverändert so, dass jeder zweite Euro vom Staat investiert und ausgegeben wird. Dies führt zu der bekannten unerträglichen Staatsquote von rund 48 Prozent. Investitionen gehören in die Hände der Privatwirtschaft und des Verbrauchers, nicht des Staates. Eine Umverteilung von Steuereinnahmen durch Staatsinvestitionen muss per Definition unproduktiver sein als die direkte Investition durch den mündigen Bürger, d.h. weniger Umverteilung gleich mehr fungible Masse.

Dieter Schäfer, Vorstandsvorsitzender der Deutsche Steinzeug Cremer & Breuer AG und Vorsitzender des Ausstellerbeirats der „BAU 2003“, auf der „BAU“-Pressekonferenz in München.

**BERND GOTTSCHALK:
Mehr Mittel aus der Maut für die Straße**

Wir brauchen mehr Mittel aus der Maut für die Straße. Jährlich sind rund 2,5 Mrd. Euro nötig, um durch eine dritte Fahrspur



Prof. Dr. Bernd Gottschalk

Engpässe auf Autobahnen zu beseitigen und zugleich die Straßeninfrastruktur zu modernisieren. Nutzfahrzeugindustrie und Gewerbe sind offen für eine Umstellung der Infrastruktur-Finanzierung von der Steuer- auf eine Gebührenfinanzierung. Dies kann jedoch

nur belastungsneutral und mit einer engen Zweckbindung der Gebühren für den Fernstraßenbau geschehen. Beides ist bei dieser Maut aber nicht der Fall.

Dass von den 3,4 Mrd. Euro jährlichen Mautgebühren lediglich 400 Mio. Euro für Straßeninvestitionen bereitstehen sollen, ist eine verpasste Chance, da der Güterverkehr allen Prognosen zufolge weiter zunehmen wird.

Dieses Wachstum wird in erster Linie auf den Straßen stattfinden. Wir plädieren für einen „Verkehrshaushalt der Vernunft“, in dem die Infrastruktur – und hier insbesondere die Straße – wieder den Stellenwert hat, der ihr zusteht.

Prof. Dr. Bernd Gottschalk, Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), bei der Eröffnung der 59. Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) Nutzfahrzeuge in Hannover.

**MICHAEL MUNTE:
Grünes Licht für Privatfinanzierung!**

Die diesjährige Flutkatastrophe hat eindringlich vor Augen geführt, dass öffentliche Bauinvestitionen nicht beliebig lange hinausgeschoben werden können, wenn nicht langfristig schwere Schäden in Kauf genommen werden sollten.

Wenn der Staat nicht in der Lage ist, öffentliche Investitionen dem Baubedarf entsprechend auf den Weg zu bringen, dann müssen andere Wege gefunden und beschritten werden, damit Deutschland im internationalen Standortwettbewerb den Anschluss nicht verliert.

Einen erheblichen Beitrag hierzu kann das Instrument der privaten Finanzierung öffentlicher Infrastruktur leisten.



Michael Munte

Dieser Weg muss endgültig freigegeben und darüber hinaus auch auf den öffentlichen Hochbau übertragen werden.

Michael Munte, Präsident des Verbandes der Bauindustrie für Niedersachsen, auf dem 26. Niedersächsischen Bautag in Hannover.

Rationalisierungsreserven nutzen mit den schnellen Schalungs- und Gerüstsystemen von PERI

Seit mehr als 30 Jahren gilt PERI in der Schalungsbranche als der Innovator mit vielen richtungsweisenden Entwicklungen. PERI ist der kompetente Partner, um Bauprozesse im Bereich Schalung und Gerüst kontinuierlich zu rationalisieren. Die Peri Ingenieure arbeiten ständig daran, Neues zu entwickeln und Bewährtes zu verbessern, um den Kunden maximalen Nutzen zu bieten.

TRIO Abschalelement zum Abschalen von Wänden mit durchlaufender Bewehrung, mit oder ohne Fugenband.



Die **SKYDECK Bühne** mit integriertem Seitenschutz für hohe Sicherheit am auskragenden Deckenrand.



Integrierte **Leitertreppen** für PERI Säulenschalungen sind unterschiedlichsten Höhen rasch anzupassen.



TRIO Housing - Wandschalungssystem mit montierbarer, klappbarer Arbeitsbühne, Leitertreppen und Seitengeländer.



PERI UP: standardisierte Bewehrungsgerüsteinheiten, die komplett umsetzbar sind.



Reinhard Weiß, Bauleiter:
Bauunternehmung L. Weiss GmbH & Co., Crailsheim

„Bei Projekten wie hier, wo Brüstungen und Unterzüge gemeinsam als Fertigteil mit in die Ortbetonsäulen eingebunden werden, bringt die neue PERI Fassadenschalung eine große Zeitersparnis.“



Fertigteil-Fassadenschalung **PERI FTF** zur effizienten Erstellung von Fassaden in Mischbauweise.



- HANDBUCH 2002 Schalung
- HANDBUCH 2002 Gerüst
- Arbeitshilfen für Bau- und Gerüstfachleute.
- Kostenlos anzufordern:
- Fax: 0 73 09 / 9 50-3 02



PERI GmbH
Schalung und Gerüst
Postfach 1264
89259 Weißenhorn
Tel.: 0 73 09 / 9 50-0
Fax: 0 73 09 / 9 51-0
www.peri.de